

## Liebe Genossinnen und Genossen,

der 11. November 2010 war für die SPD Ostholstein nicht der Beginn des Faschings oder Karnevals, nein, es war eine der Sternstunden der Sozialdemokratie. Am 11. November fand unsere öffentliche Mitgliederversammlung zur Findung der Spitzenkandidatin/des Spitzenkandidaten zur kommenden Landtagswahl statt. Mehr als 350 Gäste, davon gut 80, die nicht unserer Partei angehören, wollten sich über unser Angebot zur Landtagswahl informieren, waren interessiert zu erfahren, was den Unterschied zwischen Torsten Albig, Brigitte Fronzek, Mathias Stein



und Ralf Stegner ausmacht. Fast drei Stunden lang hätte man eine Stecknadel im übervollen Saal fallen hören können. Zum Abschluss des Abends konnte man sich am Meinungsbild

beteiligen. Von den ostholsteiner Genossinnen und Genossen erhielt Ralf Stegner mit 121 die meisten Stimmen, gefolgt von Torsten Albig mit 101 Stimmen. Brigitte Fronzek musste sich mit drei und Mathias Stein mit einer Stimme zufriedengeben. Die Gäste hingegen votierten anders. Albig erhielt hier 37 Stimmen, Stegner 16, Fronzek vier und Stein zwei. In dieses Meinungsbild sollte nicht zu viel hineininterpretiert werden, es war nur eine Rückmeldung für diesen Abend. Entscheidend wird die Mitgliederbefragung im nächsten Jahr sein. Wer am 14. Januar 2011 Mitglied der SPD Schleswig-Holstein ist darf mitentscheiden, wer für als KandidatIn in den Landtagswahlkampf geht.

Neben diesem Highlight darf die harte politische Arbeit nicht in den Hintergrund treten. Viele Genossinnen und Genossen arbeiten täglich in unserem Kreis für die Belange unserer Einwohnerinnen und Einwohner. Ob nun in der Kreistagsfraktion, den Fraktionen der Stadt- und Gemeindeparlamente oder den Arbeitsgemeinschaften der SPD Ostholstein. Die Genossinnen und Genossen müssen dafür

kämpfen, dass unsere Schwerpunkte über die Haushalte 2011 finanzierbar sind und bleiben. Die immer geringer werden Haushaltsmittel, mit denen uns die schwarzgelbe Landesregierung in den Kommunen ausstattet, müssen uns erfinderisch werden lassen. Und trotzdem müssen wir mit ansehen, wie ein sozialer Baustein nach dem anderen dem Rotstift zum Opfer fällt, wie die Rahmenbedingungen für unsere Herzensangelegenheit, die Bildung, immer schlechter werden. Es wird Zeit, dass mit der SPD eine neue Denke in Berlin und in Kiel wieder Einzug hält. Blickt nicht zurück und schimpft über durchaus begangene Fehler in der Vergangenheit, packt mit an, den politischen Prozess nach vorn zu begleiten und zu gestalten. ■

Rote Grüße



Kreisvorsitzender

## AsF-Delegation aus Ostholstein auf Landeskonferenz erfolgreich



AsF Delegation Ostholstein berichtet von der Landesfrauenkonferenz am Samstag, den 20. November 2010 in Meldorf/Annette Schlichter-Schenck in den Landesvorstand gewählt.

Nadia Götz, Swantje Meininghaus, Beate Müller-Behrens und Annette Schlichter-Schenck haben sich am 20. November auf den Weg zur Landesfrauenkonferenz nach Meldorf gemacht. Eine lange Fahrt durch einen grauen Samstag mit dennoch angeregten Gesprächen im Auto lag vor uns.

Wir hatten unsere beiden Anträge dabei, die wir den Genossinnen vorstellen und über die wir mit ihnen beraten wollten. Weitere Tagesordnungspunkte

waren die Vorstellungsrunde der Kandidaten zur Spitzenkandidatur der SPD Schleswig-Holstein bei der nächsten Landtagswahl. Der Rechenschaftsbericht des AsF Landesvorstandes mit Entlastung des Vorstandes sollte die Arbeit des Vorstandes beenden und zur Wahl des neuen AsF Landesvorstandes überleiten.

In der gemütlichen Gaststätte Erheiterung wurden ungefähr 65 Frauen erwartet, die an diesem Samstag zur Landesfrauenkonferenz aufgebrochen waren. Gastgeberin war die erst vor wenigen Wochen gegründete AsF Dithmarschen, die Vorsitzende der AsF Nordfriesland Sabine Gilleßen führte uns souverän durch den Tag und die anstehenden Wahlen.

Am Vormittag stellten sich Mathias Stein, Ralf Stegner und Brigitte Fronzek als Kandidaten für die Spitzenkandidatur

vor. Der Rückblick auf das vergangene Jahr wurde kurz vor der Mittagspause eingeschoben, danach beendete Thorsten Albig die Vorstellungsrunde.

Die Wahlen konnten beginnen und wir freuen uns sehr, dass Annette Schlichter-Schenck mit 37 von 41 Stimmen in den Landesvorstand gewählt worden ist. Ein prima Ergebnis für Annette und die noch junge AsF Ostholstein. Herzlichen Glückwunsch!



Souverän präsentierte Annette unsere beiden Anträge aus OH: Zuerst „Prüfung der Lebensqualität von behinderten Er-

wachsenen in stationären Einrichtungen“, der von Margareta Henke und Nadia Götz erarbeitet wurde und den zweiten Antrag, der den Anspruch auf Zahlung des ALG I für schwangere Frauen mit einer bundeseinheitlichen Lösung absichern soll. Beide Anträge sind ohne Gegenstimmen und auch ohne kritische Stimmen angenommen worden. Die vorangegangene Mittagspause hatten wir genutzt, um unsere Anträge mit Siegrid Tenor-Alschausky durchzusprechen, um zu erfahren, ob unser eingeschlagener Weg der richtige wäre. Sie bestätigte uns.

Auch Lübeck und Flensburg brachten je einen Antrag ein: Lübeck erbat sich



Unterstützung für „Anonyme Spurensicherung bei Opfern sexualisierter Gewalt“ und Flensburg wies auf Probleme in der Zuständigkeit im Bereich der Kindertagespflege hin.

Die Rückfahrt verlief ähnlich munter wie die Hinfahrt am Morgen schon – die Frage, wer denn der bessere Kandidat wäre, wurde ausführlich diskutiert und unterschiedlich beantwortet. Allerdings störte uns alle, dass die Kandidaten bereits als zukünftiger MinisterpräsidentIn angesprochen wurden. Vorsicht, liebe Genossinnen und Genossen! Noch ist diese Wahl nicht gewonnen, wir wählen im Februar erst einmal den Spitzenkandidaten bzw. die Spitzenkandidatin! Die Wahl steht erst danach an! ■

Swantje Meininghaus  
AsF-Kreisvorsitzende

## Die AG60plus fragt: „Wie teuer wird Gesundheit?“



Mit dieser Frage beschäftigten sich am Mittwoch, den 17. November in Neustadt die beiden Referenten, Carsten Schmidt, Niederlassungsleiter der AOK Schleswig-Holstein aus Oldenburg und der Referent für Sozialpolitik und Pressesprecher der AWO dieses Landes, Werner Geest, und über 20 diskussions- und fragefreudige TeilnehmerInnen. Während Carsten Schmidt das Thema fast ausschließlich aus der Sicht der Krankenkassen sachlich, auf Zahlen und Maßnahmen basierend berichtete, stellte Werner Geest schon deutlich die Auffassung der Sozialverbände und z.T. der Gewerkschaften und Parteien dar. Er beleuchtete aber auch die neuen Entscheidungen kritisch.

Der schon in der Einführung vom Ostholstein-AG60plus-Kreisvorsitzenden, Alfred Welack geäußerten Auffassung, dass die Veranstaltung zwar sehr aktuell und zeitnah an gefallenen Entscheidungen ist, aber im Augenblick kaum etwas verändert werden kann, während sich die Arbeitgeber bei der Krankenkassenfinanzierung und die Pharmaindustrie bei den Medikamentenkosten sich ins Fäustchen lachen, denn die Belastungen treffen verstärkt die Bürger, schlossen sich die Referenten an. Diese Veranstaltung zeigt, dass viele weitere folgen müssen und dass die Diskussion zur Veränderung auf allen Parteiebenen über Anträge, verstärkte Bewusstseinsbildung und Wege zur Mehrheitsbeschaffung fortgesetzt werden muss.

Nachdem der Bundestag die so massiv angekündigte Gesundheitsreform hat



passieren lassen, wird die Krankenkasse für 50 Mio. Bundesbürger wieder teurer. In der großen Koalition wurden unter Gesundheitsministerin Ulla Schmidt die Beitragssätze aller Kassen auf 14,5% angeglichen. Seit dem 1.1.2010 beträgt der einheitliche Beitragssatz 14,9%. Ab dem 1.1.2011 soll der Beitragssatz auf 15,5% steigen. Hiervon muss der Arbeitnehmer 8,2% und der Arbeitgeber 7,3% bezahlen! Der Beitragssatz wird so auf Dauer eingefroren.

Das bringt den Kassen etwa sechs Milliarden ein, da ihnen durch die vermehrte Inanspruchnahme von Leistungen und auch durch das Älterwerden der Menschen angeblich massiv Geld fehlt. In Deutschland gehen mehr Menschen schneller und häufiger zum Arzt als in anderen europäischen Ländern. Aus Dänemark wusste das Lübeck-AG60plus-Bundesvorstandsmitglied, Gesche Peters, zu berichten, dass die Ärzte durchaus ihren Patienten erklären: „Kommen sie wieder, wenn sie wirklich krank sind.“

Allerdings machen sich verstärkt auch bei uns diese Tendenzen bemerkbar. So

betragen die Arzneimittel bereits 25% des Haushaltes der Kassen und wenn die Kassen nicht mehr zurechtkommen, können sie einen Zusatzbeitrag erheben, der bei mindestens acht Euro liegt (2,40 € Verwaltung, bleiben 5,60 € als Beitrag übrig), der aber bis zu 2% vom Bruttolohn betragen kann, dann beträgt der Verwaltungskostenanteil 30%, der von allen arbeitenden Bürgern, aber auch von Rentnern, jedoch nicht von Hartz IV-Empfängern, beglichen werden muss.

Medikamente sollen nach der neuen Regelung preiswerter werden. Allerdings dürfen neue Präparate erst noch ein Jahr kalkuliert auf dem Markt angeboten werden, ehe dann aus Mondpreisen verbilligte Medikamente werden könnten. Patienten, die ganz spezielle, oft sehr teure Markenprodukte verschrieben erhielten, müssen sich zukünftig mit gleichwertigen billigeren Produkten zufrieden geben. Es sei denn, es handelt sich um Präparate mit kleinen Unterschieden, was für Allergiker z.B. sehr wichtig sein kann, dann muss zugezahlt werden.

Festzustellen ist, dass diese kompli-

zierte Gesundheitsreform in ihrer Komplexität kaum zu verstehen ist, zumal die Erhöhungen auch nicht nachzuvollziehen sind, wie Werner Geest es an Hand von Vergleichsstatistiken der letzten 20 Jahre darstellte. Danach hat es eine derartige Kostenexplosion noch nie gegeben. Gemessen an der Wertschöpfung des Brutto-Inlandsproduktes bewegen sich die Kosten bis heute nahezu in der gleichen Höhe. Im Prinzip lässt sich vermuten, dass hiermit nur die Sparmaßnahmen der Bundesregierung kaschiert und begründet werden sollten. Festzustellen ist auch, dass immer weniger Menschen immer mehr Leistungen und Produkte bezahlen (Themen wie Leiharbeiter, Aufstockung, 400 Euro-Beschäftigte, 1-Euro-Jobber oder Mindestlohnbezieher zählen dazu).

Letztlich ergibt sich daraus, dass die langfristige Festigung der Sicherungssysteme nur möglich ist, wenn wir über Bürgerversicherung und sinnvollen Sozialausgleich reden und versuchen über Mehrheiten diese Reform wieder zu verändern.

Im Nachsatz erlaube ich mir an dieser Stelle einmal den Hinweis, dass ich es schade finde, dass zu solchen Veranstaltungen – ich versende nahezu 350 Mails an alle Genossinnen und Genossen aller Altersgruppen von Stockelsdorf bis Fehmarn, die ich erreichen kann, an die AG60plus-Aktiven, den SPD-Kreisvorstand und die Kreistagsfraktion, doch die Besucherzahlen sind sehr gering. Wir als Kreisverband AG60plus wissen aber von den bisherigen Besuchern, dass die Themen 2010 interessant waren und werden

dies auch 2011 fortsetzen und hoffen auf Euer Interesse und rege Beteiligung an den Veranstaltungen. Unsere nächste und letzte Veranstaltung in diesem Jahr findet am 1. Dezember 2010 im Hotel „Stadt Kiel“, in Neustadt um 15.00 Uhr statt und ist die so genannte „Kreis-Weihnacht“. In den „leicht festlich“ geschmückten Räumen lesen aus eigenen Texten, Gedichten, Geschichten oder ihren Lieblingsbüchern, Frau Prof. Doris Runge aus Cismar, unser Vorstandsmitglied Heinz Schweimer aus Pansdorf/Neu Techau, auf platt, und unser Vorsitzender des SPD-Landesverbandes und Fraktionssprecher der SPD im Kieler Landtag, Dr. Ralf Stegner. Herzlich willkommen! ■

Alfred Welack

AG60plus-Kreisvorsitzender

## Beschluss des SPD-Landesvorstandes vom 22.11.2010



Richtlinie zur Durchführung eines Mitgliederentscheids der SPD Schleswig-Holstein zur Spitzenkandidatur bei der vorgezogenen Landtagswahl 2011/12

1. Der SPD-Landesverband Schleswig-Holstein führt einen landesweiten Mitgliederentscheid durch, mit dem den Mitgliedern der Partei die Möglichkeit gegeben wird, über den SPD-Spitzenkandidaten bei der vorgezogenen Landtagswahl im Jahr 2011/12 zu entscheiden.

2. Bis zum Ablauf der vom Landesvorstand beschlossenen Bewerbungsfrist am 1.10.2010 haben Torsten Albig (KV Kiel), Brigitte Fronzek (KV Pinneberg), Ralf Stegner (KV Rendsburg-Eckernförde) und Mathias Stein (KV Kiel) ihre Kandidatur erklärt.

3. Die Kandidatin und die Kandidaten stellen sich und ihr Programm in 16 öffentlichen Mitgliederversammlungen (eine

Veranstaltung pro Kreisverband, eine gemeinsame Veranstaltung der Arbeitsgemeinschaften) in der Zeit vom 7.11.2010 bis 30.1.2011 vor.

Jedes Mitglied erhält zu der Veranstaltung in seinem Kreisverband eine Einladung (Postkarte). Die Kreisverbände entscheiden darüber, ob in den Versammlungen ein Meinungsbild (Stimmzettel oder Punkte/Mitglieder und Nichtmitglieder) erstellt wird.

4. Die Teilnahme der Mitglieder an dem Mitgliederentscheid erfolgt ausschließlich durch Briefwahl.

5. Jedes Mitglied hat eine Stimme. Bei der Bestimmung des SPD-Spitzenkandidaten durch den Mitgliederentscheid ist gewählt, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhalten hat.

6. Stimmberechtigt sind alle Mitglieder der SPD in Schleswig-Holstein, die bis zum 14.1.2011 bei der Mitgliederverwaltung des Landesverbandes (MAVIS) registriert sind (Begründung: die vierwöchige Einspruchsfrist der Ortsvereine bei Neueintritten). Danach eintretende neue Mitglieder können nicht mehr an dem Mitgliederentscheid teilnehmen.

7. Die Briefwahlunterlagen bestehen in allen Wahlgängen aus der Wahlkarte (mit einer Versicherung über die persönliche und unbeeinflusste Stimmabgabe), dem Stimmzettel und zwei Umschlägen.

Das Mitglied muss den Stimmzettel in den ersten zu verschließenden Umschlag legen. Dieser Umschlag ist dann zusammen mit der Wahlkarte in den zweiten Umschlag zu legen. Diesen Umschlag sendet das Mitglied verschlossen an den SPD-Landesverband. Das Rückporto bezahlt der SPD-Landesverband. Den Wahlunterlagen des ersten Wahlganges werden zusätzlich von den Bewerbern selbst erstellte doppelseitige Vorstellungsblätter beigelegt sowie diese Richtlinie.

8. Der Versand der Wahlunterlagen erfolgt durch den SPD-Landesverband am 11.2.2011 an alle Mitglieder per Infopost (Laufzeit 1 – 4 Tage nach Einlieferung).



9. An der Stimmauszählung nehmen nur die Wahlbriefe teil, die bis zum Samstag 26.2.2011 9.30 Uhr im Postfach des SPD-Landesverbandes in Kiel eingegangen sind. Später oder woanders eingehende Wahlbriefe sind ungültig. Wahlbriefe, denen nicht die unterschriebene Wahlkarte beigelegt wurde, sind ungültig, da ansonsten das Verfahren nicht fälschungssicher ist.

10. Auszählung und Bekanntmachung des Ergebnisses erfolgen nach Anlieferung der

Wahlunterlagen durch die Post am Samstag, 26.2.2011 ab 10.00 Uhr unter notarieller Aufsicht.

11. Hat kein Kandidat oder keine Kandidatin im 1. Wahlgang mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhalten, so findet zwischen den beiden Bestplatzierten, die sich einer Stichwahl stellen, eine Stichwahl statt, die exakt vier Wochen später ausgezählt wird. Gewählt ist dann, wer die meisten Stimmen auf sich vereinigt.

12. Die Wahlunterlagen für die Stichwahl werden vom SPD-Landesverband am 10.3.2011 an die Mitglieder, die bis zum 14.1.2011 in die SPD eingetreten sind, per Infopost versandt (Laufzeit zwischen 1 – 4 Tage nach Einlieferung).

13. An der Stimmauszählung nehmen nur die Stimmzettel teil, die bis zum Samstag 26.3.2011 um 9.30 Uhr im Postfach des SPD-Landesverbandes in Kiel eingegangen sind. Später oder woanders eingehende Stimmzettel sind ungültig. Ungültig sind auch Stimmzettel, denen nicht die unterschriebene Wahlkarte beigelegt wurde. Auszählung und Bekanntmachung des Ergebnisses erfolgen nach Anlieferung der Wahlunterlagen durch die Post am Samstag, 26.3.2011 ab 10.00 Uhr unter notarieller Aufsicht.

14. Die Auszählungen finden in der SPD-Landesgeschäftsstelle unter notarieller Aufsicht statt. Dazu wird der Landesvorstand eine Zählkommission benennen, der Mitglieder des Landesvorstandes, Mitarbeiter/innen des SPD-Landesverbandes sowie weitere vom Landesvorstand dazu bestimmte SPD-Mitglieder angehören.

15. Der Landesverband erstellt eine Mitgliederliste per 14.1.2011 und trägt dafür Sorge, dass die Mitglieder nur einmal ihre Stimme abgeben können.



Die Zählkommission überprüft die eingehenden Wahlbriefe auf ihre Gültigkeit (dies geschieht anhand der zurückgesandten unterschriebenen Wahlkarte) und nimmt die Auszählung vor.

16. Das Ergebnis des Mitgliederentscheids wird am Tage der Auszählung vom SPD-Landesvorstand im Rahmen einer Pressekonferenz in Anwesenheit der Kandidaten bekannt gegeben.

17. Der Mitgliederentscheid ist wirksam, wenn sich mindestens 25% der Mitglieder

daran beteiligen. Für die Stichwahl gilt kein solches Quorum.

18. Der Landesvorstand schlägt die Bewerberin/ den Bewerber, die bzw. der nach dem obigen Verfahren den Mitgliederentscheid gewonnen hat, der Landesdelegiertenversammlung zur Wahl auf Platz 1 der Landesliste (Spitzenkandidat/in) vor. Bei Stimmgleichheit in der Stichwahl entscheidet die Landesdelegiertenkonferenz.

Die Bewerber haben erklärt, dass sie den Mitgliederentscheid als bindend betrachten und für den Fall, dass sie den Mitgliederentscheid nicht gewinnen, auf der Landesdelegiertenversammlung nicht für Platz 1 der Landesliste kandidieren werden.

19. In den Dezember- und Februar-Ausgaben des Vorwärts wird intensiv für eine hohe Beteiligung an dem Mitgliederentscheid geworben und die Kandidaten bekommen die Möglichkeit, sich und ihr Programm vorzustellen.

20. Die Kosten für den Mitgliederentscheid (Druck, Porto, Auszählung, sonstige Kosten) übernimmt der Landesverband.

21. Diese Richtlinie wird im Vorwärts des Monats Dezember veröffentlicht und veranschaulicht. Außerdem wird diese Richtlinie den Briefwahlunterlagen für jedes Mitglied im vollen Wortlaut beigelegt. ■

## Das Sparkassengesetz und die Folgen der Privatisierung



Am Montag, den 8.11.2010, traf sich die AfA-Ostholstein im Restaurant Brauhaus in Eutin mit ihren Gästen, dem stellvertretenden Vorstand Herrn Becker von der Sparkasse Ostholstein sowie MdL Regina Poersch um über die Folgen der Änderung des Sparkassengesetzes zu diskutieren.

Einleitend hat Herr Becker die Geschichte der Sparkasse Holstein, von der Entstehung der Sparkassen im Allgemeinen bis in die heutige Zeit hinein, skizziert. Im Anschluss verdeutlichte er, was die Änderung des Sparkassengesetzes zur Folge haben kann. Vergleichbare Entwicklungen können im europäischen Ausland, hier insbesondere in Italien, betrachtet werden.

Mit der Aufnahme der Absätze 4 und 5

des § 4 des Sparkassengesetzes, ist praktisch eine Lex-Haspa, eine Eintrittsmöglichkeit der privaten Hamburger Sparkasse geschaffen worden.



§ 4 Abs. 4: Die Satzung kann die Bildung von Stammkapital vorsehen. Stammkapital ist der Teil des Eigenkapitals der Sparkasse, der durch Einlagen und/oder Umwandlung von Dotationskapital beziehungsweise von Sicherheitsrücklagen gebildet wird.

Über die Bildung des in den Sätzen 1 und 2 genannten Stammkapitals entscheidet der Verwaltungsrat nach vorheriger Zustimmung der Vertretung des Trägers.

§ 4 Abs. 5: Bis zu 25,1 v.H. des Stammkapitals können von neben dem Träger am Stammkapital Beteiligten gehalten werden. Neben dem Träger am Stammkapital Beteiligte sind andere öffentlich-rechtliche Sparkassen, deren Träger im Sinne des § 1 Abs. 1 oder vergleichbare Träger im Sinne des Satzes 3. Vergleichbare Träger sind juristische Personen ohne private Eigentümer, Mitglieder oder vergleichbare erachtete, die an einer Sparkasse im Sinne des § 40 Abs. 1 Kreditwesengesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. September 1998 (BGBl. I S. 2776), zuletzt geändert durch Artikel 4 Abs. 8 des Gesetzes vom 30. Juli 2009 (BGBl. I S. 2437)

*mehrheitlich beteiligt sind, Mitglied eines regionalen Sparkassen- und Giroverbandes sind, unter staatlicher Aufsicht auf die Wahrung sparkassentypischer Aufgaben sowie darauf verpflichtet sind, etwaige Ausschüttungen und Liquidationserlöse gemeinnützigen oder mildtätigen Zwecken zuzuführen. Sobald diese Voraussetzungen entfallen, erlischt die Berechtigung zum Erwerb oder Halten von Stammkapitalanteilen.*

Aus Sicht der SPD und allen Fachleuten, ist damit das Tor aufgestoßen worden, dass weitere Privatbanken von dem Recht Gebrauch machen und sich in den Sparkas-



senverbund einkaufen. Selbst wenn dies nicht geschehen sollte, ist mit dem Eintritt der Haspa ein weiterer Schritt auf das Outsourcing von Arbeitsplätzen getan. Bereits jetzt unterhält die Haspa ein Tochterunternehmen, die NRS, die die Zahlungsabwicklung und weitere sogenannte Back-

officearbeiten für die Haspa abwicklet. Diese Arbeitsplätze unterliegen dann nicht mehr dem Sparkassentarifvertrag und sind nicht mehr in der Region vorhanden.

In einer lebhaften Diskussion mit den Anwesenden wurde klar, was ein weiterer Wegfall von Arbeitsplätzen für die Region Ostholstein bedeutet.

Auf die Frage, ob die Änderung des Sparkassengesetzes rückgängig gemacht werden kann, verneinten sowohl MdL Regina Poersch als auch Herr Becker. ■

Inke-Marie Jaschinski  
*AfA-Kreisvorsitzende*

## SPD Fraktion für Haushaltsberatungen im Kreis bestens vorbereitet

Die SPD Kreistagsfraktion hat sich auf ihrer Haushalts-Klausursitzung in Scharbeutz für die Haushaltsberatungen im Kreis vorbereitet und ihre politischen und finanzpolitischen Positionen festgelegt. Im November tagen die gesamten Fachausschüsse des Kreises, um den Haushaltsentwurf des Kreises zu beraten.

Die Fraktion hat sich vorab zu den Themen wie folgt positioniert:

1. Die Fraktion lehnt das Modell der Chipkarte für bedürftige Kinder und Jugendliche, das Ministerin von der Leyen ins Gespräch gebracht hat, ab, weil es der falsche Weg ist, um die gesellschaftliche Teilhabe und die Bildungschancen von bedürftigen Kindern besser zu fördern. Die Fraktion will sich über das seit zwei Jahren erfolgreich praktizierte Modell „Lübecker Bildungsfond“ informieren. Es ist unbürokratisch, schnell, direkt und vor Ort. In Kindergärten und Schulen wird der individuelle Bedarf ermittelt.

2. Die Diskussion um die Eutiner Festspiele wird von der Fraktion sehr kritisch beobachtet. Von der Verwaltung sind im Haushaltsentwurf 2011 30.000 € eingestellt. Diese müssen mit einem Sperrvermerk versehen oder in andere Projekte investiert werden. Wir hoffen, dass die Verantwortlichen der Spiele sich endgültig von den alten Programmzöpfen verabschieden und sich dem Neuen öffnen. Gleichzeitig muss sich die Führungsspitze, müssen sich die Verantwortlichen der Spiele aus einem Mix von Ehrenamtlichen und Professionellen zusammensetzen, so wie es sehr erfolgreich im Verwaltungsrat

der Sparkasse praktiziert wird. Diese hat dadurch sehr erfolgreich die Wirtschafts- und Finanzkrise überstanden.“

3. Die Fraktion hat sich eindeutig und klar zu dem Thema Schülerbeförderungskosten positioniert. Keine Beteiligung der Eltern an der Schülerbeförderung, die schwarzgelbe Landesregierung in Kiel will diesen Freibetrag streichen, sie will eine 30%ige



Beteiligung der Eltern. „Finger weg von den Schülerbeförderungskosten. Bildung muss für alle kostenfrei bleiben.“

4. Lehrkräfte, Eltern, Schülerinnen und Schüler lehnen die Reform des Schulgesetzes kategorisch ab. Alle wollen Ruhe an unseren Schulen und deshalb muss das Schulgesetz in seiner bisherigen Form bestehen bleiben. Im ersten Quartal 2012 könnte der Landtag neu gewählt werden und dann könnte die Reform des Schulgesetzes gleich wieder politisch einkassiert werden. Die SPD-Kreistagsfraktion wird zu dem Schulgesetz eine Resolution in den Kreistag am 14. 12. 2010 einbringen und hofft auf Unterstützung aller Fraktionen im Kreistag.

Die SPD-Kreistagsfraktion unterstützt den Appell der vier Schulleiter aus Eu-

tin. Die Phase vieler Reformen und Paradigmenwechsel müssen beendet werden. Schulen müssen jetzt in Ruhe arbeiten können.

5. So wie sich die Fraktion eindeutig für die Fortführung der erfolgreichen Arbeit der ARGE (in der Arbeitsgemeinschaft Ostholstein werden Hartz IV Empfänger von Mitarbeitern des Kreises, der Kom-

munen und der Bundesagentur für Arbeit gemeinsam erfolgreich betreut) ausgesprochen hat, so will sich die Fraktion dafür einsetzen, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der ARGE unbefristete Arbeitsverträge bekommen.

6. Die Fraktion wird weiterhin sehr kritisch und aufmerksam den Busverkehr (ÖPNV) begleiten. Sollte wieder eine Welle des Protestes zum Thema ÖPNV entstehen, wird die SPD Fraktion eine Sondersitzung des Kreistages einberufen.

Die SPD Fraktion hat sich auf ihrer Klausursitzung noch nicht festgelegt, ob sie dem Haushaltsentwurf 2011 zustimmen wird oder nicht. Dazu müssen erst die gesamten Fachausschüsse tagen. Besonders erfreulich ist, dass die Verwaltung an der Schraube der Kreisumlage für 2011

nicht dreht. Die Fraktion wird beantragen, die Eckwertempfehlung zur Haushaltsplanung 2011 zu vertagen und diese auf der Finanzausschusssitzung nach den Fachausschüssen zu beraten und zu beschließen. Die Fraktion wird zu den Haushaltsberatungen sozialpolitische Anträge

einreichen, Arbeitsaufträge an die Verwaltung aber auch Sparvorschläge unterbreiten. Auch zum Stellenplan wird eine Stellungnahme abgegeben. Da die Prüfungsmittelteilung vom Landesrechnungshof und die Stellungnahme der Verwaltung dazu noch nicht in den Fachgremien be-

handelt worden sind, werden die Positionen, d.h. die Anträge der SPD später für die Öffentlichkeit nachgereicht. ■

Burkhard Klinke  
*SPD-Fraktionsvorsitzender*

## Freiherr-vom-Stein-Medaille für Bärbel Seehusen



In der vergangenen Woche hat unsere Genossin Bärbel Seehusen eine hohe Auszeichnung erfahren. Innenminister Schlie hat sie mit der Freiherr-vom-Stein-Medaille ausgezeichnet. Die Auszeichnung wird an Bürgerinnen und Bürger verliehen, die sich insbesondere in der Kommunalpolitik verdient gemacht haben.

Bärbel Seehusen ist seit 1994 Mitglied in der Gemeindevertretung Schönwalde. Seit 1998 ist sie erste stellvertretende Bürgermeisterin. In den Jahren von 1998 bis

2003 war sie zusätzlich Mitglied im Schulverband Bungsberg, im Amtsausschuss und im früheren Amt Schönwalde zweite stellvertretende Amtsvorsteherin. Seit 24 Jahren ist Bärbel ununterbrochen Mitglied des ostholsteiner Kreistages. Seit 2008 ist sie erste stellvertretende Kreispräsidentin.

Wir freuen uns alle mit Bärbel und gratulieren ihr recht herzlich. ■

Lars Winter  
*Kreisvorsitzender*

## Schulpolitische Resolution

Der Landtag hat in der vergangenen Legislaturperiode, gegen nur vier Stimmen, eine weitgehende Umgestaltung des schleswig-holsteinischen Schulwesens erfolgreich auf den Weg gebracht, die länderübergreifend anerkannt ist.

Auf dieser Grundlage haben die Kommunen und Kreise ihre Entscheidungen für die Schulentwicklungsplanung mit langfristigen investiven Folgen getroffen, die nicht kurzfristig korrigierbar sind.

Wenn der Landtag jetzt in seiner verkürzten 17. Legislaturperiode mit der Einstimmigen Mehrheit der derzeitigen Regierungskoalition erhebliche Reformteile schon wieder ändert bzw. rückgängig machen würde, würde dies für die Kommunen und Kreise die zweite entscheidende Änderung innerhalb von vier Jahren bedeuten. Von Ruhe an den Schulen wie es der Ministerpräsident Carstensen versprochen hat, kann dann keine Rede sein. Das

2007 verabschiedete Schulgesetz hat bei Lehrerverbänden, Eltern- und Schülervertretungen eine hohe Akzeptanz, diese warnen unisono vor einer erneuten Änderung. Dieses macht es den Schulträgern zunehmend unmöglich, mit einem verantwortbaren Aufwand an Steuermitteln Investitionen in den Schulen durchzuführen und nachhaltig zu planen.

Auch die vier Schulleiter der Gymnasien, Gemeinschaftsschule und Grundschule in Eutin formulierten den Appell: "Die Phase vieler Reformen und Paradigmenwechsel müsse beendet werden. Die Schulen müssten jetzt in Ruhe arbeiten können."

Im Hinblick auf die Sicherung des gymnasialen Angebots in der Fläche bei rückläufigen Schülerzahlen darf es nicht zu einem Wettbewerb der Gymnasien und der Gemeinschaftsschulen um die leistungsstärkeren Schülerinnen und Schüler

kommen. Es soll dabei bleiben, dass das Abitur an Gymnasien nach acht und an Gemeinschaftsschulen nach 9 Jahren erreichbar ist. Dabei muss aber das Grundprinzip des binnendifferenzierenden Unterrichts erhalten bleiben, damit sich unsere und die übrigen 133 erfolgreich arbeitenden Gemeinschaftsschulen im Lande nicht etwa durch die in Aussicht genommene Einführung einer äußeren Differenzierung (nach Schulabschlüssen) zu einer Art Kooperativen Gesamtschule zurückentwickeln.

Ausdrücklich zu begrüßen sind die Absichten der Landesregierung auch die Gemeinschaftsschulen künftig zu zuständigen Schulen zu machen, sowie mehreren Schülern die Möglichkeit zur Einrichtung gemeinsamer Grundschulen einzuräumen. ■

SPD Kreistagsfraktion

## Willy Brandts Witz

Trifft Fritz den Ortsvereinsvorsitzenden. Fragt der: Fritz, warum warst du nicht auf der letzten Mitgliederversammlung? - Hätte ich gewusst, dass es die letzte war, wäre ich gekommen.



## Impressum

SPD Kreisverband Ostholstein  
Lübecker Straße 6  
23701 Eutin  
Tel.: 04521/5957  
Mail: kv-ostholstein@spd.de  
V.i.S.d.P.: Kreisvorsitzender Lars Winter